

Merkblatt über die Einstellung in den Vorbereitungsdienst für das

- Lehramt an Grundschulen**
- Lehramt an Gemeinschaftsschulen**
- Lehramt für Sonderpädagogik**
- Lehramt an Gymnasien**
- Lehramt an Berufsbildenden Schulen**

Sehr geehrte Bewerberin, sehr geehrter Bewerber,
vielen Dank für Ihr Interesse. Dieses Merkblatt dient Ihrer Information. Es wird empfohlen, vor dem Ausfüllen der Unterlagen das Merkblatt sorgfältig zu lesen, weil unvollständige Bewerbungen auf beiden Seiten zusätzliche Kosten und Arbeit verursachen und sich zudem Ihre Einstellungschancen erheblich verschlechtern können.

Wir begrüßen es, wenn sich Menschen mit Migrationshintergrund bei uns bewerben. Auf die Vorlage von Lichtbildern/Bewerbungsfotos verzichten wir ausdrücklich und bitten daher, hiervon abzusehen.

Einstellung und Vorbereitungsdienst

1. Die Einstellung erfolgt jeweils zum 1. Februar und 1. August eines jeden Jahres. Als **Bewerbungsstichtag** ist der **1. Oktober bzw. 1. April** vor dem jeweiligen Einstellungstermin festgelegt worden. Frühestmöglicher Termin für eine Bewerbung ist der Bewerbungsstichtag des vorhergehenden Einstellungstermins (zum 01.04. kann man sich schon für den 01.02. des Folgejahres bewerben). In das Auswahlverfahren werden vorrangig Bewerbungen einbezogen, die zum Stichtag **vollständig**, einschließlich des Zeugnisses der Ersten Staatsprüfung bzw. der Master-Prüfung, **im Ministerium vorliegen**.

Gehen Bewerbungen bzw. notwendige Bewerbungsunterlagen (z. B. das Zeugnis über die 1. Staatsprüfung bzw. Masterprüfung) erst nach dem o. a. Termin ein, wird die Bewerbung erst in der dritten Stufe des Vergabeverfahrens berücksichtigt. Das bedeutet, dass diese Bewerberinnen und Bewerber erst dann einen Ausbildungsplatz erhalten können, wenn keine zeitgerecht vorgelegten, vollständigen Bewerbungen mehr vorhanden sind (Restplatzvergabe). Sollte die rechtzeitige Vorlage des Zeugnisses nur deshalb nicht möglich sein, weil das Zeugnis noch nicht ausgestellt, das Studium aber bereits erfolgreich abgeschlossen wurde, so können Sie zur Fristwahrung auch eine vom Prüfungsamt unterschriebene und im Original vorzulegende Bescheinigung einreichen. Hieraus müssen die Endnote, die Fächer

bzw. Fachrichtungen sowie beim Master die Höhe der Creditpoints ersichtlich sein. Statt einer Bescheinigung kann auch das Transcript of Records, das mit Stempel und Unterschrift des Prüfungsamtes versehen sein muss, vorgelegt werden.

Auch Unterlagen

- zur Beurteilung eines Härtefalles (z. B. Alleinerziehende und Schwerbehinderte)
- zum Nachweis von Vertretungstätigkeiten
- zum Nachweis von erworbenen Zusatzqualifikationen (z. B. DaZ-Zertifikat)
- zum Nachweis der Gleichwertigkeit von Fächern oder Zeugnissen
- müssen rechtzeitig zum Bewerbungsstichtag (01.04. bzw. 01.10.) beim Ministerium vorliegen und können somit nicht rückwirkend als Kriterium bei der Vergabe berücksichtigt werden.

Vertretungsverträge werden nur berücksichtigt, wenn der Vertrag mind. 1 vollen Monat umfasst und die vertraglich vereinbarte Unterrichtsverpflichtung 12 Wochenstunden nicht unterschreitet.

DaZ-Zertifikate müssen einen Zeitraum von mind. 2 Semestern umfassen oder mit einer schriftlichen Prüfung abgeschlossen worden sein.

2. Die für eine Einstellung vorgesehenen Bewerberinnen und Bewerber werden entsprechend des Lehramtes Ausbildungsschulen in ganz Schleswig-Holstein zugeteilt. Wünsche für den Einsatzort werden im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten möglichst berücksichtigt. Vorrangige Merkmale für die regionale Zuweisung der Bewerberinnen und Bewerber sind soziale Gesichtspunkte (Kinderbetreuung; Pflege von Familienangehörigen; Berufstätigkeit der Ehegattin / des Ehegatten bzw. der eingetragenen Lebenspartnerin/ des eingetragenen Lebenspartners). Der Wunsch nach einem ortsnahen Einsatz ist daher im Einzelnen zu begründen (Seite 3 des Bewerberbogens unter „Anmerkungen“ oder auf einem separaten Bogen). Die grundsätzliche Bereitschaft einer Ausbildungsschule, einen bestimmten Bewerber bzw. eine bestimmte Bewerberin auszubilden, muss daher keineswegs zu einer entsprechenden Zuordnung führen.
3. Die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber erfolgt nach der Landesverordnung über die Einstellung in den Vorbereitungsdienst der Lehrerinnen und Lehrer in der jeweils gültigen Fassung ([KapVO-LK-](#)).
4. Die Zulassung zum Auswahlverfahren ist auch von den studierten Unterrichtsfächern / Fachrichtungen abhängig.

Gymnasien: Es können nur Bewerberinnen und Bewerber zugelassen werden, die eine Fächerkombination studiert haben, die Sie aus der Übersicht "Fächerkombinationen Sek II" entnehmen können (s. Download auf der Homepage).

Berufsbildende Schulen: Bei der Bewerbung ist der Nachweis zu erbringen, dass "eine auf die berufliche Fachrichtung bezogene fachpraktische Tätigkeit" absolviert wurde. Diese Tätigkeit

(Praktikum; Berufsausbildung; berufliche Tätigkeit) muss einen Umfang von mind. 12 Monaten mit mindestens hälftigem Beschäftigungsumfang umfasst haben. (s. dazu Beschluss der Kultusministerkonferenz v. 12.05.1995 i. d. F. v. 06.10.2016).

5. Kombinierte Studiengänge

Bewerberinnen und Bewerber, die über ein Studium verfügen, das sie für mehrere Lehrämter befähigt (z.B. Grund- und Hauptschullehramt, Primar- und Sekundarstufenlehramt u. ä.) müssen sich für ein Lehramt entscheiden. Beim Ausfüllen des Bewerbungsbogens können noch mehrere Auswahlmöglichkeiten getroffen werden (z.B. Lehramt an Grundschulen und Lehramt Gemeinschaftsschulen). Sollte es im Auswahlverfahren in allen gewählten Lehrämtern zu Angeboten kommen, muss eine Entscheidung für eines dieser Lehrämter getroffen werden. Eine kombinierte Ausbildung ist in Schleswig-Holstein nicht möglich. Hilfsweise kann ein zweiter verkürzter Vorbereitungsdienst (Dauer 1 Jahr) im anderen Lehramt angeschlossen werden.

6. Der Vorbereitungsdienst dauert 18 Monate und darf maximal zweimal um ein halbes Jahr verlängert werden (z.B. wegen Krankheit, Wiederholungsprüfung). Die Mindestdauer des Vorbereitungsdienstes beträgt 12 Monate (zur Anrechnung von Zeiten siehe Punkt 7).

7. Bei der Anrechnung werden drei Fälle unterschieden:

- *erfolgreich abgeleiteter Vorbereitungsdienst eines anderen Lehramtes*

Diese Zeiten werden mit 6 Monaten angerechnet. Eines Antrages bedarf es nicht. Es besteht aber die Möglichkeit, schriftlich auf die Anrechnung zu verzichten. Eine Berücksichtigung der bewerteten Hausarbeit kann schriftlich beantragt werden. Die Entscheidung hierüber trifft die oberste Schulaufsicht im für Bildung zuständigen Ministerium.

- *bereits abgeleitete Zeiten in einem Vorbereitungsdienst desselben Lehramtes*

Diese Zeiten werden nur ausnahmsweise auf Antrag mit 6 Monaten angerechnet. Die Bewertung der Hausarbeit kann auf Antrag ebenfalls berücksichtigt werden. Die Entscheidung hierüber trifft die oberste Schulaufsicht im für Bildung zuständigen Ministerium.

- *für die Ausbildung förderliche berufspraktische Tätigkeiten*

Auf den Vorbereitungsdienst können auf Antrag Beschäftigungszeiten im öffentlichen Schuldienst, an einer Auslandsschule oder einer anerkannten Schule in freier Trägerschaft in einem Umfang von 6 Monaten angerechnet werden, wenn durch Zeugnis oder dienstliche Beurteilung die erfolgreiche Erteilung von eigenverantwortlichem Unterricht im Umfang von mindestens sechs Monaten und mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Pflichtstundenzahl nachgewiesen wird. Zudem ist eine befürwortende Stellungnahme der Ausbildungsschule erforderlich. Gleiches gilt für Zeiten einer anderen mindestens sechsmonatigen für die Ausbildung förderlichen berufspraktischen Tätigkeit.

Über derartige Anträge wird bis zur Mitte des ersten Ausbildungshalbjahres nach Beginn des Vorbereitungsdienstes entschieden. Im Zweifel sprechen Sie mit Ihrer Personalsachbearbeiterin / Ihrem Personalsachbearbeiter.

8. Auswahlverfahren

Alle Bewerberinnen und Bewerber werden in einer Reihungsliste aufgeführt. Die Reihung erfolgt nach Punkten. Jede Bewerberin und jeder Bewerber erhält 450 Startpunkte von der die Master- bzw. Examensnote mal 100 in Abzug gebracht wird. Zu dieser Grundpunktzahl werden Punkte für Wartezeiten, das Studium eines oder mehrerer Mangelfächer, das Studium eines Drittfachs (Erweiterungsfach), Fremdsprachenassistenzen, eine Bescheinigung über Deutsch als Fremd-/ Zweitsprache oder Vertretungstätigkeiten im Schuldienst hinzu addiert. Sind mehr Bewerberinnen oder Bewerber mit gleicher Punktzahl vorhanden als noch Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, wird gelost.

9. Bezahlung

Die Ausbildung findet grundsätzlich im Beamtenverhältnis statt. Daher müssen keine Beiträge zur Sozialversicherung entrichtet werden. Die Bezahlung richtet sich nach dem Besoldungsgesetz des Landes Schleswig-Holstein (eine Übersicht ist am Ende des Merkblattes beigefügt). Da die Zahlungsaufnahme erst nach Vorlage der Ihnen im Rahmen der Einstellung ausgehändigten Unterlagen erfolgen kann, ist die umgehende Rücksendung der ausgefüllten Unterlagen erforderlich.

10. Krankenversicherung

Beamtinnen und Beamte unterliegen nicht der Sozialversicherungspflicht. Zu den tatsächlichen Kosten der Arztbehandlung bzw. für Medikamente erhalten Sie eine Beihilfe in Höhe von mind. 50% der erstattungsfähigen Kosten. Für den darüber hinaus gehenden Anteil ist der Abschluss einer privaten Zusatzversicherung üblich.

11. Sprachkenntnisse

Bewerberinnen und Bewerber die ihre Hochschulzugangsberechtigung nicht auf einer deutschsprachigen Schule erworben haben, müssen nachweisen, dass sie über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen, um den Beruf der Lehrkraft ausüben zu können. Dies geschieht durch Vorlage des Großen Deutschen Sprachdiploms / C2 Diploms ([hier](http://www.goethe.de/lrn/prj/pba/bes/nc2/deindex.htm) klicken / folgendes in die Adresszeile des Browsers eingeben <http://www.goethe.de/lrn/prj/pba/bes/nc2/deindex.htm>). Sofern ausreichend Interessentinnen und Interessenten vorhanden sind, kann ersatzweise an einem vom Land Schleswig-Holstein angebotenen Sprachtest teilgenommen werden. Hierbei werden in verkürzter Form die Sprachkenntnisse in einer eintägigen Veranstaltung überprüft, deren Inhalte sich überwiegend am Schulalltag orientieren. Vom Ergebnis des Tests ist die Zulassung zum Auswahlverfahren abhängig.

12. Angebote / Absagen

Die Angebote werden per E-Mail versandt. Daher ist eine aktuelle E-Mailadresse unabdingbar. Da die ersten Angebote ca. 6 Wochen nach dem Bewerbungstichtag versandt werden, wird gebeten, telefonische Anfragen zum Sachstand erst nach diesem Zeitpunkt zu stellen. Die Absagen werden versandt, wenn im Verlauf des Auswahlverfahrens absehbar ist, dass für bestimmte Bewerbergruppen eine Einstellung ausgeschlossen ist.

13. Vorbereitungsdienst in Teilzeit

Im Falle der Betreuung von Kindern unter 18 Jahren oder der Pflege von Angehörigen, die oder der nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftig ist und diese Person tatsächlich von der Bewerberin bzw. vom Bewerber betreut oder gepflegt wird, kann der Vorbereitungsdienst in Teilzeit abgeleistet werden (mindestens 50 %). Der Vorbereitungsdienst verlängert sich und die Anwärterbezüge verringern sich hierdurch entsprechend. Näheres erfahren Sie bei den nachfolgend angeführten Sachbearbeitern

14. Vorbereitungsdienst im Beschäftigungsverhältnis

Auf Antrag kann der Vorbereitungsdienst statt im Beamten- im Beschäftigtenverhältnis mit Ausbildungsvertrag absolviert werden. Der Antrag ist zu begründen. In Frage kommt diese Möglichkeit insbesondere für Bewerberinnen und Bewerber, die wegen ihres Lebensalters nach dem Vorbereitungsdienst nicht verbeamtet werden können (z.B. 45. Lebensjahr im Laufe des Vorbereitungsdienstes vollendet). Auch diejenigen, die Ihre Krankenversicherung nicht ohne Nachteile wechseln können, haben diese Möglichkeit.

15. Quereinstieg in den Vorbereitungsdienst

Sofern nicht ausreichend Bewerbungen von Lehramtsabsolvent*innen für die Besetzung der Ausbildungsplätze in einem Lehramt vorliegen, kann der Quereinstieg in festgelegten Fächern / Fachrichtungen für die Zulassung zum Vorbereitungsdienst geöffnet werden. Dafür können sich auch Personen bewerben, die ein anderes Lehramt studiert haben. Weitere Infos sowie den Bewerbungsvordruck finden Sie auf Seite 5 des Bewerbungsbogens.

16. Anwärtersonderzuschlag

Im Lehramt an Grundschulen und im Lehramt für Sonderpädagogik kann es zu einzelnen Einstellungsterminen eine gesonderte Ausschreibung für Schulen geben, an denen ein Anwärtersonderzuschlag zusätzlich zu den Anwärterbezügen gezahlt wird. Ob es eine solche Ausschreibung gibt und für welche Schulen sie gilt, wird auf der Homepage des für Bildung zuständigen Ministeriums bekanntgegeben. Für die Bewerbung ist ein dort ebenfalls veröffentlichter Vordruck auszufüllen und per E-Mail an das für Bildung zuständige Ministerium zu senden. Diese Bewerbung erfolgt zusätzlich zu einer Bewerbung mit Bewerbungsbogen aus diesem Merkblatt.

Laufbahn	Ansprechpartner	
Lehramt an Grundschulen Lehramt an Gemeinschaftsschulen	Catlin Buttgerit E-Mail:	Tel. 0431 / 988 – 2365 Fax 0431 / 988 – 613 – 2365 catlin.buttgerit@bimi.landsh.de
Lehramt an Gymnasien	Sönke Meetz E-Mail:	Tel. 0431 / 988 – 2359 Fax 0431 / 988 – 613 - 2359 soenke.meetz@bimi.landsh.de
Lehramt für Sonderpädagogik Lehramt an Berufsbildenden Schulen Lehramt für Fachpraxis an Berufsbildenden Schulen	Harald Sell E-Mail:	Tel. 0431 / 988 - 2387 Fax 0431 / 988 – 613 - 2387 harald.sell@bimi.landsh.de

Erforderliche Bewerbungsunterlagen

Wichtig:

Nicht in deutscher Sprache ausgestellte Bescheinigungen und Zeugnisse müssen übersetzt werden. Die Übersetzung muss in beglaubigter Form vorgelegt werden.
!!Beglaubigungen werden im Ministerium **nicht vorgenommen!!**

Folgende Unterlagen sind im Original vorzulegen:

1. Bewerbungsbogen - nach anliegendem Vordruck (in **Blockschrift** ausfüllen)
2. Erklärung über Vorstrafen / Erkrankungen / Schulden (Bewerbungsbogen Seite 6 benutzen)
3. Meldebescheinigung (kostenpflichtig; beim Einwohnermeldeamt; max. 6 Monate alt)
Die Bezeichnung kann abweichen (z.B. Haushalts-, Aufenthaltsbescheinigung, Bescheinigung zur Vorlage bei der Behörde)
Diese Bescheinigung muss neben der aktuellen Anschrift auch Angaben über die **Staatsangehörigkeit** enthalten.
Wird die Anerkennung als Alleinerziehende / Alleinerziehender geltend gemacht oder wird eine gemeinsam genutzte Wohnung als Begründung für einen ortsnahen Einsatz vorgebracht, so müssen auch die übrigen, in der eigenen Wohnung gemeldeten Personen in dieser Bescheinigung (Haushaltsbescheinigung) enthalten sein. Hilfsweise kann eine 2. Meldebescheinigung vorgelegt werden.
4. ggf. Einverständniserklärung zur Anforderung der Personalakte, wenn z.B. bereits Vorbereitungsdienst / Vertretungstätigkeit in einem anderen Bundesland abgeleistet wurde. Die Anschrift der damaligen personalbearbeitenden Stelle sowie die Personalnummer sind dabei ebenfalls anzugeben. (**Bewerbungsbogen Seite 4 benutzen**)
5. tabellarischer, unterschriebener Lebenslauf; dieser muss alle Zeiten bis zum Bewerbungsdatum umfassen! Auf die Vorlage eines Bewerbungsfotos wird ausdrücklich verzichtet.

Folgende Unterlagen sind in beglaubigter Kopie vorzulegen:

6. Erfolgt die Bewerbung mit dem Fach Religion, muss eine kirchliche Unterrichtserlaubnis (Vokatio bzw. Missio Canonica) beigefügt werden.
7. Zeugnisse über Lehramtsprüfungen/Erweiterungsprüfungen/DaZ-Zertifikate; liegt ein Masterabschluss vor, muss auch eine beglaubigte Kopie des Bachelor-Zeugnisses bzw. des Zeugniser-gänzungsblattes vorgelegt werden. Aus dem Zeugnis müssen folgende Punkte ersichtlich sein: Kommanote, Fächer bzw. Fachrichtungen, Leistungspunkte sowie die Bezeichnung der Laufbahn. Sollte eine dieser Angaben fehlen, ist das „Transcript of Records“ oder ein Zeugniser-gänzungsblatt in beglaubigter Kopie beizufügen.

Folgende Unterlagen können in einfacher Kopie (nicht beglaubigt) vorgelegt werden:

8. Abstammungsurkunde oder Geburtsurkunde oder Familienbuch
9. ggf. Heiratsurkunde (wenn nicht in Nr. 8 enthalten)
10. ggf. Geburtsurkunden der Kinder (wenn nicht in Nr. 8 enthalten)
11. ggf. Urkunde / Bescheinigung über Namensführung (z.B. bei Doppelnamen oder nach Eheschließung, falls nicht aus der Heiratsurkunde ersichtlich)
12. Schulabschlusszeugnis
13. Zeugnisse über Berufsabschlüsse und zusätzliche Qualifikationen
Wichtig! Bei Bewerbungen als "Lehrkraft für Fachpraxis an Berufsbildenden Schulen" (Fachlehrkraft) ausschließlich in beglaubigter Form! Für diese Laufbahn bitte auch Nachweise über berufspraktische Tätigkeiten (Mindestumfang 2 Jahre) vorlegen!
14. ggf. eine Bescheinigung über eine Schwerbehinderteneigenschaft mit Angabe über die Dauer
15. - ggf. Dienstzeitbescheinigungen über abgeleiteten Wehrdienst (Grundwehrdienst und Wehrübungen) bzw. Zivildienst oder Bundesfreiwilligendienst, soziales bzw. ökologisches Jahr oder sonstige Tätigkeiten im öffentl. Dienst
- ggf. Nachweis über Tätigkeiten im pädagogischen Bereich (z.B. Fremdsprachenassistent)
- ggf. Tätigkeiten als Vertretungslehrkraft im Schuldienst

Ein Führungszeugnis wird durch das Ministerium beantragt.

Schulamtsbereiche in Schleswig-Holstein



Orientierungshilfe zu den zu erwartenden Bezügen während der Lehramtsausbildung **Anwärter*innen erhalten Anwärtergrundbeträge (brutto).**

Der Anwärtergrundbetrag für Ledige erhöht sich ggf. um den Familienzuschlag Stufe 1 (für verheiratete bzw. für geschiedene Anwärter*innen, wenn diese aus der Ehe zum Unterhalt verpflichtet sind). Diese Anwärter*innen mit Kind(ern) erhalten Familienzuschläge ab Stufe 2 (je nach Kinderzahl). Wenn der Ehepartner ebenfalls im öffentlichen Dienst beschäftigt ist, wird der Familienzuschlag halbiert. Alleinerziehende erhalten den Grundbetrag sowie den jeweiligen kindbezogenen Anteil des Familienzuschlages. In den übrigen Fällen sind die Zuschläge abhängig von den individuellen Familienverhältnissen und können exemplarisch nicht dargestellt werden. Die vermögenswirksamen Leistungen betragen 6,65 €.

Stand 01.01.2020 (alle Angaben ohne Gewähr)

Familienstand	zustehende Einzelbeträge	Anwärter*innen für das Lehramt für Fachpraxis an berufsbi. Schulen Eingangsamt A 10	Anwärter*innen für das Lehramt an Grundschulen Eingangsamt A 12	Anwärter*innen für das Lehramt an Gemeinschaftsschulen und für das Lehramt für Sonderpädagogik Eingangsamt A 13 geh. D.	Referendar*innen für das Lehramt an Gymnasien und für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen Eingangsamt A 13 höh. D.
ledig	Grundbetrag	1.331,22 €	1.497,83 €	1.531,19 €	1.567,81 €
verheiratet	Grundbetrag + Familienzuschlag Stufe 1 (141,28 €)	1.472,50 €	1.639,11 €	1.672,47 €	1.709,09 €
verheiratet 1 Kind	Grundbetrag + Familienzuschlag Stufe 2 (262,14 €)	1.593,36 €	1.759,97 €	1.793,33 €	1.829,95 €
verheiratet 2 Kinder	Grundbetrag + Familienzuschlag (383,00 €)	1.714,22 €	1.880,83 €	1.914,19 €	1.950,81 €
verheiratet 3 Kinder	Grundbetrag + Familienzuschlag (757,67 €)	2.088,89 €	2.255,50 €	2.288,86 €	2.325,48 €
verheiratet 4 Kinder	Grundbetrag + Familienzuschlag (1132,34 €)	2.463,56 €	2.630,17 €	2.663,53 €	2.700,15 €

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 7124
24171 Kiel

Bewerbung um Einstellung in den Vorbereitungsdienst für das

Zutreffendes bitte ankreuzen

- ___ Lehramt an Grundschulen (22)
___ Lehramt an Gemeinschaftsschulen – max. 1x Sek II – (71)
___ Lehramt für Sonderpädagogik (31)
___ Lehramt an Gymnasien -mind. 2x Sek II- (52)
___ Lehramt an Berufsbildenden Schulen (61)

Zum Einstellungstermin 01.02.202_ 01.08.202_

Wiederholungsbewerbung ? ja Bewerbernummer _____ nein

Familienname _____

ggf. Geburtsname _____

Vorname _____

Geburtsdatum _____

Geburtsort _____

Staatsangehörigkeit _____

PLZ, Wohnort _____

Straße, Hausnummer _____

Bundesland _____

Telefon und/oder Handy _____

E-Mail _____

Familienstand _____ Kinder (Anzahl) _____

Schwerbehinderung nein ja GdB _____

Prüfungszeugnis vom bzw. wird abgelegt im (Monat/Jahr) _____

Universität und Bundesland _____

Studierte Unterrichtsfächer / Fachrichtungen (bitte Nr. 4 im Merkblatt beachten)

1. Unterrichtsfach

oder berufliche Fachrichtung _____

2. Unterrichtsfach

oder berufliche Fachrichtung _____

ggf. 3. Unterrichtsfach

1. Sonderpädagogische Fachrichtung _____

2. sonderpädagogische Fachrichtung _____

Lehramt an der Gemeinschaftsschule

Auf Sek II – Niveau studiertes Unterrichtsfach _____

Vorbereitungsdienst (Merkblatt Seite 6 Punkt 4 beachten)

bereits Vorbereitungsdienst abgeleistet bzw. z. Zt. Im Vorbereitungsdienst:

nein ja vom _____ bis _____

Soziale Dienste (Bescheinigung beifügen)

Wehrdienst / Zivildienst / freiwilliges soziales (ökologisches) Jahr geleistet?

nein ja vom _____ bis _____

Zusätzliche Angaben bei Bewerbern für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen

Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf (oder Praktikum, Berufstätigkeit)

als _____

vom _____ bis _____

Wünsche für den Einsatzbereich (bis zu 5 Schulamtsbereiche wählbar; Karte s. Merkblatt S. 7)

- | | | |
|---|---|---|
| <input type="checkbox"/> Dithmarschen (51) | <input type="checkbox"/> Flensburg (01) | <input type="checkbox"/> Hzgt. Lauenburg (53) |
| <input type="checkbox"/> Kiel (02) | <input type="checkbox"/> Lübeck (03) | <input type="checkbox"/> Neumünster (04) |
| <input type="checkbox"/> Nordfriesland (54) | <input type="checkbox"/> Ostholstein (55) | <input type="checkbox"/> Pinneberg (56) |
| <input type="checkbox"/> Plön (57) | <input type="checkbox"/> Rendsburg-Eckernförde (58) | <input type="checkbox"/> Schleswig-Flensburg (59) |
| <input type="checkbox"/> Segeberg (60) | <input type="checkbox"/> Steinburg (61) | <input type="checkbox"/> Stormarn (62) |

*(Bei mehr als einer Auswahl geben Sie bitte eine **Reihung Ihrer Wünsche** an (von 1 bis 5). Falls keine besonderen Wünsche existieren, kann dieser Punkt auch ausgelassen werden.)*

Das Einstellungsangebot kann trotz aller Bemühungen auch in anderen als den gewünschten Kreisen erfolgen. Die von Ihnen getätigten Angaben haben keinen Einfluss auf Ihre Einstellungschancen.

Anmerkungen (z. B. zum Einsatzort; ggf. auf gesondertem Blatt)

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Sofern ich einen Ausbildungsplatz in einem anderen Bundesland annehme, verpflichte ich mich, dies sofort dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur in Kiel mitzuteilen.

Ich erkläre mich mit der elektronischen Speicherung meiner Daten im Rahmen des Auswahlverfahrens zur Einstellung in den Vorbereitungsdienst einverstanden. Diese Einwilligung kann per Email oder in anderer schriftlicher Form zurückgenommen werden.

Ich versichere die Richtigkeit der vorstehenden Angaben.

.....

.....

(Unterschrift) (Ort, Datum)

Einverständniserklärung

.....
(Vor- und Zuname)

geboren amin

Nur ausfüllen, wenn Zeiten im Schuldienst in einem anderen Bundesland vorliegen!

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass Sie Einsicht in meine Personalakte nehmen, die über im öffentlichen Schuldienst verbrachte Beschäftigungszeiten geführt wird/wurde.

Die Akte ist anzufordern bei:

Behörde.....

Straße/Postfach.....

PLZ, Ort.....

Aktenzeichen.....

Mir ist bewusst, dass diese Einverständniserklärung nicht die Vorlage von Vertretungsverträgen (in einfacher Kopie) zur Anrechnung von Bonuspunkten im Auswahlverfahren ersetzt.

.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschrift)

Quereinstieg in den Vorbereitungsdienst für Lehramtsabsolvent*innen mit abweichendem Lehramtsabschluss

Sofern für einen Einstellungstermin nicht ausreichend Bewerbungen von Lehramtsabsolvent*innen vorliegen, kann der Quereinstieg in festgelegten Unterrichtsfächern/Fachrichtungen für die Zulassung zum Vorbereitungsdienst geöffnet werden. Für diesen Quereinstieg können sich alle Personen bewerben, die einen universitären Abschluss oder einen Abschluss einer Fachhochschule (Master) nachweisen und deren Studieninhalt den gesuchten Unterrichtsfächern/Fachrichtungen zugeordnet werden kann. Ob und für welche Unterrichtsfächer/Fachrichtungen der Quereinstieg geöffnet wird, kann auf der [Homepage](#) des für Bildung zuständigen Ministeriums nachgelesen werden. Da diese Entscheidung neben den Erfahrungen aus den vorangegangenen Auswahlverfahren auch von der aktuellen Bewerberlage abhängig ist, kann diese Veröffentlichung erst kurz vor dem Bewerbungstichtag (01.04./01.10.) erfolgen. Haben Sie Ihre Bewerbung zu diesem Zeitpunkt schon eingereicht, können Sie diese Seite des Bewerbungsbogens per E-Mail nachreichen.

Die Zulassung zum Quereinstieg ist abhängig von einem Auswahlverfahren, an dem alle geeigneten Bewerber*innen teilnehmen. Die Auswahl erfolgt nach Auswertung der durch eine Auswahlkommission geführten Auswahlgespräche.

Die Ausbildung im Vorbereitungsdienst unterscheidet sich nicht von der Ausbildung der originären Lehramtsbewerber*innen. Die Staatsprüfung wird in dem Lehramt erlangt, in dem man den Vorbereitungsdienst abgeleistet hat. Um die Staatsprüfung im ursprünglich studierten Lehramt zu erlangen, ist ein erneuter Vorbereitungsdienst erforderlich.

BEWERBUNG für die Zulassung zum Quereinstieg

Sofern die Möglichkeit des Quereinstieges besteht, bewerbe ich mich zum nächstmöglichen Einstellungstermin um Zulassung zum Auswahlverfahren für folgendes Lehramt:

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Lehramt an Grundschulen
- Lehramt an Gemeinschaftsschulen
- Lehramt für Sonderpädagogik
- Lehramt an Berufsbildenden Schulen

Mir ist bewusst, dass die mir nach erfolgreichem Vorbereitungsdienst verliehene Staatsprüfung nicht dem von mir studierten Lehramt entspricht.

.....
Ort und Datum

.....
Unterschrift Bewerberin / Bewerber

Erklärung

Ich,, geboren am,
(Vor- und Familienname)

erkläre hiermit, dass

- ich nicht gerichtlich bestraft oder disziplinarrechtlich belangt worden bin und dass gegen mich kein gerichtliches Strafverfahren, strafrechtliches Ermittlungsverfahren oder Disziplinarverfahren anhängig ist,
- ich wie folgt gerichtlich bestraft / disziplinarrechtlich belangt worden bin bzw. folgendes gerichtliches Strafverfahren / strafrechtliches Ermittlungsverfahren / Disziplinarverfahren gegen mich anhängig ist*),

.....
.....
(Datum, Gericht/Behörde, Strafmaß, Grund)

- meine wirtschaftlichen Verhältnisse geordnet sind und ich keine – folgende – Schulden habe *),

.....

- ich keine ansteckenden Krankheiten habe und an keiner Krankheit leide, die meine Dienstfähigkeit / Arbeitsfähigkeit beeinträchtigen könnte *). Die §§ 33 bis 36 des Infektionsschutzgesetzes sind mir zur Kenntnis gegeben worden. ¹⁾

Mir ist bekannt, dass ich gemäß § 53 Bundeszentralregistergesetz (BZRG) (Auszug siehe folgende Seite) alle Verurteilungen anzugeben habe, auch wenn sie nicht in ein Führungszeugnis aufzunehmen sind. Von dem Hinweis auf der folgenden Seite, insbesondere über das unbeschränkte Auskunftsrecht des für Bildung zuständigen Ministeriums des Landes Schleswig-Holstein, habe ich Kenntnis genommen.

Ich versichere, dass die vorstehenden Angaben vollständig sind und der Wahrheit entsprechen. Mir ist bekannt, dass

- die Ernennung zur Beamtin/zum Beamten zurückzunehmen ist, wenn sie durch arglistige Täuschung herbeigeführt wurde und auch falsche Angaben, die auf Fahrlässigkeit beruhen, die Entlassung nach sich ziehen können;
- ich fristlos entlassen werden kann, wenn ich unvollständige oder falsche Angaben gemacht habe.

.....,
Ort Datum Unterschrift

*) Nicht Zutreffendes bitte streichen.

¹⁾ Internet: <http://bundesrecht.juris.de/ifsg/index.html>

**Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
des Landes Schleswig-Holstein**
Postfach 7124
24171 Kiel

Hinweis zur Erklärung

Nach § 41 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes über das Zentralregister und das Erziehungsregister (Bundeszentralregistergesetz - BZRG in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1984 (BGBl. I S. 1229, ber. 1985 S. 195), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2662)), erhalten unbeschränkte Auskunft aus dem Zentralregister u.a. oberste Bundes- und Landesbehörden.

Nach § 3 BZRG werden in das Register eingetragen:

1. strafgerichtliche Verurteilungen (§§ 4 - 8)
2. (aufgehoben)
3. Entscheidungen von Verwaltungsbehörden und Gerichten (§ 10),
4. Vermerke über Schuldunfähigkeit (§ 11)
5. gerichtliche Feststellung nach § 17 Abs. 2, § 18
6. nachträgliche Entscheidungen und Tatsachen, die sich auf eine der in den Nrn. 1 - 4 genannten Eintragungen beziehen (§§ 12 - 16, § 17 Abs. 1).

Die Vorschrift des § 53 - Offenbarungspflicht bei Verurteilungen - hat folgenden Wortlaut:

„(1) Der Verurteilte darf sich als unbestraft bezeichnen und braucht den der Verurteilung zu Grunde liegenden Sachverhalt nicht zu offenbaren, wenn die Verurteilung

1. nicht in das Führungszeugnis oder nur in ein Führungszeugnis nach § 32 Abs. 3, 4 aufzunehmen oder
2. zu tilgen ist.

(2) Soweit Gerichte oder Behörden ein Recht auf unbeschränkte Auskunft haben, kann der Verurteilte ihnen gegenüber keine Rechte aus Abs. 1 Nr. 1 herleiten, falls er hierüber belehrt wird.“

Sie werden hiermit darüber belehrt, dass das für Bildung zuständige Ministerium des Landes Schleswig-Holstein als oberste Landesbehörde nach § 41 Abs. 1 Nr. 2 BZRG das Recht auf unbeschränkte Auskunft aus dem Bundeszentralregister hat und damit auch Kenntnis von allen nicht getilgten Eintragungen erhält.

Sie haben daher neben ggf. anhängigen straf- oder disziplinarrechtlichen Ermittlungsverfahren und gegen Sie ergangene Disziplinarverfügungen sowie Eintragungen nach § 3 BZRG auch alle nicht getilgten Eintragungen gegenüber dem für Bildung zuständigen Ministerium des Landes Schleswig-Holstein zu offenbaren, auch wenn diese nicht in das Führungszeugnis oder nur in ein Führungszeugnis nach § 32 Abs. 3 und 4 aufzunehmen sind.